

A black and white portrait of Matthias Onken, a man with short hair, a mustache, and glasses, looking directly at the camera. He is wearing a dark jacket over a light-colored shirt.

für

HAMBURG

EIN MAGAZIN VON UNTERNEHMERN FÜR UNTERNEHMER IN DER METROPOLREGION HAMBURG

AUSGABE 04/2015

Auszug S. 48 - 50

Gerd Maas:

Warum Erben gerecht ist -
und die Besteuerung nicht

**„ICH WOLLTE DER DIENSTLÄNGSTE
BILD-HAMBURG-CHEF WERDEN!“**

MATTHIAS ONKEN ZU UNSEREM LEITTHEMA ZEIT



Gerd Maas

WARUM ERBEN GERECHT IST – UND DIE BESTEUERUNG NICHT

AUTOR: GERD MAAS

Die Familienunternehmer in Deutschland verlassen sich in Sachen Erbschaftsteuer weder auf das Bundesverfassungsgericht noch auf den Bundestag. Oder fühlen sie sich von denen schon längst verlassen? Jedenfalls haben sie die Angelegenheit nun selbst in die Hand genommen. 2014 stiegen die Schenkungen von Betriebsvermögen um 120,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Nachdem auf das verschenkte Vermögen nur 1,6 Prozent Steuern gezahlt werden mussten, haben sich die Familien bei der Nachlassgestaltung offenbar klug angestellt – zum Wohle aller.

Voreilig könnte man zwar sagen: Die sichern bloß ihre Pfründe. Einen Schritt weiter gedacht, wird man aber feststellen: Sie sichern dabei die Basis, auf der unser aller Wohlstand gebaut ist. Wenn bei Unternehmensnachfolgen das Familienvermögen – egal ob Betriebsvermögen oder haftendes und krisensicherndes Privatvermögen – durch Steuern geschmälert wird, dann muss das unweigerlich die Substanz zur Wertschöpfung mindern. Aus produktivem Kapital wird Umverteilungsmasse. Es ist die Gretchenfrage, wo man glaubt, dass das Geld gemeinnütziger angelegt ist: Im löchrigen Staatssäckel oder im Vermögen der Familienunternehmer, die nicht in Haushaltsjahren oder Wahlperioden denken, sondern in Generationen.

In der Bundestagsdebatte zur ersten Lesung des neuen Erbschaftsteuergesetzes Ende September hat sich deutlich offenbart, wie die parlamentarischen Mehrheiten zu dieser Frage stehen. Wieder einmal durfte man eine ganz, ganz große Koalition der

Steuereintreiber erleben. Die einen etwas mehr, die anderen etwas weniger, aber dass die Erbschaftsteuer sinnvollerweise abgeschafft gehört, hat keiner gesagt. Ja nicht einmal der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion, Christian Freiherr von Stetten, konnte sich zur Stellungnahme durchringen, dass wenigstens die Besteuerung von Betriebsvermögen kompletter Unsinn ist und eigentlich ohne Wenn und Aber abgeschafft gehört. Sein Fraktionskollege Peter Ramsauer, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Bundestags, sah das anders. Der meinte, dass Familienunternehmervermögen nicht besteuert werden darf. Aber den hat man in der Bundestagsdebatte nicht reden lassen. Im vorausseilenden Gehorsam der großkoalitionären Diplomatie wurde Kreide gefressen. Bei der Union, nicht bei der SPD. Die holte die großen Keulen der sozialen Gerechtigkeit raus und setzte den Anker für die kommenden Verhandlungen weit links. Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Lothar Binding, erdreistete sich tatsächlich den Familienunternehmern

dieses Landes vorzuwerfen, dass sie sich jetzt endlich auch „fair an der Stärkung der Gemeinschaft beteiligen“ sollten und weil man ja ein so schönes Gesetz gebastelt hat, „müssen diese sich [jetzt] auch anstrengen, die Gemeinschaft zu stärken“. Mit Verlaub, eine bodenlose Frechheit. Was glaubt der denn, woher die ganzen schönen sprudelnden Steuereinnahmen kommen? Bitte schön: Wie würde man einen Bauern nennen, der bei einem Stall voller famoser Milchkühe auf keine bessere Idee kommt, als alle kräftig zu treten, bevor er ein paar schlachtet? Noch nicht einmal weil er Hunger hat, sondern allein weil er den Hals nicht voll genug bekommt.

Bindings Fraktionskollegin Cansel Kiziltepe (er)fand noch weitere gesellschaftliche Versäumnisse des Familienunternehmertums: „Wenn wir über Erbschaftsteuer reden, dann reden wir über diejenigen, die das Glück hatten, in die richtige Familie geboren worden zu sein.“ Mit der Worthülse Verteilungsgerechtigkeit notdürftig kaschiert, wollte Kiziltepe da en passant das individuelle Glück zur Kategorie der Steuergerechtigkeit erheben. Allerdings ist Frau Kiziltepe eine zumindest vordergründig intelligente, attraktive junge Frau. Da möchte man doch spontan ausrufen: Gratulation, gleich mehrfach Glück gehabt! Und da sollten wir uns doch auch einmal, entsprechend ihrer eigenen Gerechtigkeitslogik, Gedanken machen, wie sie dem Gemeinwesen ihre glücklichen Lebensfügungen steuerlich entgelten könnte.

Die soziale Marktwirtschaft und jahrzehntelanger Frieden haben in Deutschland Wohlstand für alle geschaffen und die Vermögen wachsen lassen. Nun stehen nach und nach zahlreiche und ganz beachtliche Erbschaften der Nachkriegsgenerationen an. Grund genug, für so manche neidisch nachzufragen, ob das denn eigentlich gerecht ist! Man munkelt von leistungslosem Erwerb und Chancenungleichheit. Das Erben und Vererben wird als soziale Ungerechtigkeit angeprangert und es wird die haltlose Behauptung in den Raum gestellt, dass hierzulande nur die Reichen immer reicher werden.

Der Familienunternehmer und Publizist Gerd Maas geht den zahlreichen Totschlagargumenten in der Diskussion auf den Grund und prüft die verschiedenen Blickwinkel der gesellschaftlichen Gerechtigkeit. Er zeigt, dass in der Neiddebatte ums Erben genau diejenigen abgewertet werden, die den herrschenden Wohlstand geschaffen und dafür gesorgt haben, dass ihre Erben der Gesellschaft nicht auf der Tasche liegen. „Warum Erben gerecht ist – Schluss mit der Neiddebatte“ ist im FinanzBuch-Verlag München erschienen.

Und dabei hinkt der Vergleich zwischen dem Glück der Geburt in einer vermögenden Familie und dem Glück von Schönheit und Intelligenz oder Gesundheit sogar noch. Denn die Erben haben es sich zwar tatsächlich nicht aussuchen können, wohinein sie geboren wurden, aber die Erblasser. Die Erblasser haben dieses Glück geschaffen, erarbeitet und erspart. Das ist nicht vom Himmel gefallen (wie hübsche schwarze Locken). Wenn man nicht auf Teufel komm raus, um einen Besteuerungsgrund zu konstruieren, Erblasser und Erben auseinanderdividieren müsste, und ein Vermögen als das Ergebnis eines generationenübergreifenden Wirkens aller oder wenigstens vieler Familienmitglieder sehen würde – was es vielfach ist – dann bleibt da wenig Glück, das dahintersteckt. Aber so gut wie immer Schweiß, oft Klugheit und meistens auch einiges an Verzicht.

„Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu



in der Lage bin“, so hat Ludwig Erhard das Prinzip der Subsidiarität beschrieben. Die Familie ist die grundlegendste, allererste Organisationseinheit des gesellschaftlichen Miteinanders als Träger dieses Prinzips. Teil einer Familie zu sein, ist kein Glück oder Unglück, sondern Resultat der Bereitschaft den gesellschaftstragenden Auftrag der sozialen Marktwirtschaft zur eigenverantwortlichen Daseinsvorsorge anzunehmen. Familien streben danach, „Eigentum zu erwerben und dadurch unabhängig zu werden, dass sie mehr an menschlicher Würde entfalten können, weil sie dann nicht mehr auf die Gnade anderer, auch nicht auf die Gnade des Staates angewiesen sind“, um noch einmal Erhard zu zitieren.

Weil Familien eigentlich schon aus evolutionärer Prägung zutiefst bereit sind, genau diesen Auftrag zur selbstständigen Zukunftssicherung zu tragen, sind sie von jeher ein Feindbild des Kollektivismus.

Klischeegerecht fällt Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) angesichts der finanziellen Herausforderungen der Flüchtlingskrise auch nur eine Erbschaftsteuer, „die diesen Namen verdient“, ein; neben der Erhöhung der Einkommensteuer und der Einführung einer Vermögensteuer – und das zu Zeiten schier unerschöpflicher Staatseinnahmen.

Das Streben nach möglichst weitgehenden Enteignungen von Erbschaften – qua Verteilungsgerechtigkeit – ist ein kaum verhohlener Versuch, die Familien als eigenständige, subsidiäre Einheiten des Gemeinwesens auszuschalten. In einer freiheitlichen Ordnung ist die Familie aber die zentrale ver- und vorsorgende, wirtschaftstragende und kulturschaffende Instanz. Wie gesagt, damit ein Dorn im Auge des sozialistischen Denkens. Erbschaft- und Schenkungssteuer sind Hammer und Sichel am Fundament der Familien.